

# Zürcher Chronik 1917/18

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zürcher Taschenbuch**

Band (Jahr): **42 (1921-1922)**

PDF erstellt am: **30.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Zürcher Chronik 1917/18.

Bearbeitet von E. Schwarzenbach.

1917.

Oktober.

6. Der Regierungsrat beschließt die Einführung der englischen Arbeitszeit.
7. An Stelle des zum Mitglied des Obergerichtes gewählten Lüchinger (Soz.) wird Gerichtssubstitut Dr. jur. Ernst Huber (Soz.) mit 10,422 Stimmen zum Mitglied des Bezirksgerichts Zürich gewählt. Die bürgerlichen Parteien hatten Stimmenthaltung empfohlen.  
Die Delegiertenversammlung des Handwerks- und Gewerbevereins des Kantons Zürich beschließt in Dübendorf grundsätzlich die Schaffung eines ständigen Sekretariates.
13. Großer Stadtrat. — a) Bewilligung eines jährlichen Beitrages von Fr. 5000. — an die „Nationale Vereinigung für die schweizerische Zentralstelle für Reiseverkehr (Verkehrszentrale)“. — b) Bewilligung eines Kredites von Fr. 72,000 für die Erweiterung einer Schweinemastanstalt im städtischen Gutsbetrieb Hardhof. — c) Bewilligung eines nochmaligen außerordentlichen Beitrages von Fr. 200,000 für die freiwillige und Einwohnerarmenpflege. — d) Bewilligung eines Nachtragskredites von Fr. 300,000 zur Durchführung der Schüler-speisung im Sommerhalbjahr 1917.
15. Die Gruppe Zürich der Neuen Helvetischen Gesellschaft wählt für den zurückgetretenen Professor Großmann Dr. W. Spöndlin zu ihrem Präsidenten.  
Der Große Stadtrat von Winterthur beschließt, den Preis für Heizgas für alle Einwohner einheitlich auf 27 Rappen festzusetzen.
22. Kantonsrat. — a) Wahl von sechs neuen Handelsrichtern. — b) Bewilligung eines Kredites von Fr. 28,000 für die Korrektur des Remptbaches in den Gemeinden Illnau und Lindau. — c) Die Motion Greulich betreffend Stimmrecht der Frauen in öffentlichen Angelegenheiten wird mit 180 gegen 70 Stimmen in der abgeänderten Fassung des Regierungsrates angenommen.  
Der Große Stadtrat von Winterthur nimmt fast alle Punkte der sozialdemokratischen Notstandsaktion an.
27. Der Große Stadtrat bewilligt einen Kredit von 3 $\frac{1}{2}$  Millionen für den Bau von Wohnhäusern (mit 187 Wohnungen) beim alten Friedhof Außerroth.
28. Nationalratswahlen. — Es werden gewählt: I. Wahlkreis: Frey (freis.) 13,705, Meyer (freis.) 13,406, Schmid (freis.) 13,208, Gyg (freis.) 13,128, Fritsch (dem.) 13,269, Luz (dem.) 13,334, Zürcher

(dem.) 13,846 Stimmen. — II. Wahlkreis: die Sozialisten: Greulich 9192, Grimm 8381, Rimathé 8782, Suggler 8878 und Platten 7898 Stimmen. — III. Wahlkreis: die Freisinnigen: Amsler 10,218, Koller 9985, Ddinga 10,066, Kellstab 9640 und der Demokrat Heß 10,147 Stimmen. — IV. Wahlkreis: Dr. Sträuli (dem.) 12,096, Sulzer-Schmid (freis.) 11,125, Bertschinger (Bauernp.) 10,759 und Hardmeier (dem.) 10,682 Stimmen. — V. Wahlkreis: die Demokraten: Hörni 6408 und Ringger 6457 und Bopp (wild) 6250 Stimmen.

29. Kantonsrat. — a) Die Motion Dr. Rob. Schmid (Zürich) auf Erlaß eines neuen Wahlgesetzes, das die Stellvertretung abschaffen soll, wird erheblich erklärt. — b) Motion Häberling (Wezikon): Die Unternehmer sollen durch bundesrätliche Vorschriften verpflichtet werden, „den industriellen Arbeitern Löhne zu bezahlen, die es ihnen ermöglichen, ohne Inanspruchnahme von Staat und Gemeinde eine menschenwürdige Existenz zu fristen.“ — Am 5. Nov. wird die Beratung fortgesetzt und am 12. Nov. folgender Antrag des Regierungsrates angenommen: „Der Regierungsrat wird eingeladen, 1. beim Bundesrat die Prüfung der Frage anzuregen, wie unzureichende Löhne der Arbeiter und Angestellten mit den gesteigerten Preisen für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände in Einklang gebracht werden können; 2. in Verbindung mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter eine Untersuchung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der zürcherischen Textilindustrie vorzunehmen und über das Ergebnis möglichst rasch dem Kantonsrat Bericht zu erstatten; 3. beim Bundesrat die Prüfung der Frage anzuregen, welche Maßregeln anzuordnen sind, um den Uebergang der schweizerischen Volkswirtschaft zur Friedenswirtschaft vorzubereiten.“

#### November.

4. Der kantonale demokratische Parteitag in Zürich spricht sich nach Referaten von Regierungsrat Ottiker und a. Stadtrat Hasler einmütig für das neue Steuergesetz aus.
10. Großer Stadtrat. — Interpellation von Dr. D. Zollinger über die Obst-, Kartoffel- und Brennstoffversorgung.
11. Der kantonale freisinnige Parteitag in Zürich spricht sich nach einem Referat von Oberst E. Richard mit großer Mehrheit für die Annahme des neuen Steuergesetzes aus. — Die Delegiertenversammlung der christlich-sozialen Partei des Kantons Zürich spricht sich ebenfalls für Annahme des Steuergesetzes aus.
12. Kantonsrat. — Interpellation Kefler betreffend Durchführung des 7 Uhr-Ladenschlusses. — Das kantonale Budget pro 1918 sieht bei einer Gesamteinnahme von Fr. 40,646,802 und einer Gesamtausgabe von Fr. 44,672,571 ein Defizit von Fr. 4,025,769 vor.  
Der Große Stadtrat von Winterthur genehmigt Geschäftsbericht und Rechnungen.
16. u. 17. Ausschreitungen in Zürich. Infolge von Demonstrationen, welche der Friedensapostel Dättwyler gegen die Munitionsfabriken veranstaltet, kommt es schon am 15. und 16. November zu Unruhen und Zusammenstößen mit der Polizei. Dättwyler wird verhaftet.

Am Samstag Abend, den 17. November, findet eine von den Jungburschen veranstaltete Kundgebung mehrerer tausend Personen vor dem Bezirksgebäude statt, wo Dättwyler verhaftet ist. Es kommt zu schweren Ausschreitungen. Barrikaden werden errichtet. Die Polizei schießt mit Revolvern; es gibt einige Tote und zahlreiche Verwundete. — Verschiedene sozialdemokratische Organisationen erlassen am 19. November einen Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem sie die Gemeinschaft ablehnen mit den Veranstaltern dieser Demonstrationen.

19. Kantonsrat. — a) Regierungspräsident Dr. Wettstein gibt eine Erklärung ab über die Ausschreitungen in Auferstühl. — b) Zum Mitglied des Bankrates wird Landwirt Dübendorfer (Regensdorf) gewählt. — c) Der Rat beschließt Eintreten auf das Gesetz betr. den Strafprozeß. Die drei ersten Abschnitte werden durchberaten.

Die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich stellt eine Reihe von Forderungen an den Regierungsrat und den Bundesrat auf.

21. Die Kirchensynode befaßt sich mit der Revolte vom 17. November. Mit 97 gegen 31 Stimmen wird ein Antrag angenommen, welcher die Vorgänge bedauert, die Behörden aber auffordert, „mit aller Energie für eine bessere Verteilung der Vorräte zu sorgen und der staatsgefährlichen Profitmacherei und den übrigen Mißständen zu steuern.“

24. Der Große Stadtrat bewilligt dem Stadttheater für die Spielzeit 1917/18 einen außerordentlichen Beitrag von Fr. 140,000.

25. In der kantonalen Volksabstimmung wird das Verfassungsgesetz betr. Abänderung von Art. 19 der Staatsverfassung mit 55,486 Ja gegen 37,376 Nein und das Steuergesetz mit 56,776 Ja gegen 38,246 Nein angenommen.

In der städtischen Abstimmung wird die Kreditvorlage von  $3\frac{1}{2}$  Millionen für Erstellung von Wohnhäusern beim alten Friedhof in Auferstühl mit 24,978 gegen 7979 Stimmen angenommen. Die Leistung eines außerordentlichen Beitrages von Fr. 200,000 an die Freiwilligen- und Einwohnerarmenpflege wird mit 22,128 gegen 10,181 Stimmen angenommen.

Zum Mitglied des Bezirksrates Zürich wird der von den bürgerlichen Parteien aufgestellte Kandidat a. Pfarrer Casp. Hohl mit 17,317 Stimmen gewählt. Der sozialdemokratische Caderas erhält 14,533 Stimmen.

Im 4. eidg. Wahlkreis wird im zweiten Wahlgang in den Nationalrat gewählt der Sozialdemokrat Dr. Studer (bisher) mit 20,701 Stimmen. Tobler (Bauernp.) erhält 10,106 Stimmen.

Die Generalversammlung der Löfstalbahnen genehmigt mit 10,928 Ja gegen 780 Nein den Rückkaufsvertrag mit dem Bunde.

#### Dezember.

6. Der Stadtrat richtet einen Bericht an den Großen Stadtrat über die Unruhen vom 15. bis 18. November.

8. Großer Stadtrat. — a) Der Rat beschließt, den Gaspreis vom 1. Januar 1918 an auf 30 Rp. für den Kubikmeter festzusetzen; für die Außengemeinden wird er auf 27,5 Rp. festgesetzt; für Minder-

bemittelte wird der Preis auf 20 Rp. festgesetzt. — b) Bewilligung eines Kredites von Fr. 150,000 für die Erstellung einer ersten Dampffesselanlage zur Ausnützung der Abwärme. — c) Traber begründet die Motion der sozialdemokratischen Partei über die Unruhen vom 15. bis 18. November 1917 in Auferföhl, worin an den Stadtrat die Anfrage gerichtet wird, welche Organe der Polizei die Methode bestimmten, nach der die Polizei am 16. und 17. November vorging usw. Der Bericht des Stadtrates wird an eine Kommission gewiesen.

9. Im dritten eidg. Wahlkreis wird im zweiten Wahlgang zum Mitglied des Nationalrates an Stelle des verstorbenen Rud. Amsler gewählt Kantonsrat Conzett (soz.) in Rülchberg mit 10,591 Stimmen, Der von den Freisinnigen unterstützte Kandidat der Bauernpartei Rebbaufkommissär Burkhard-Abegg erhält 8868 Stimmen.
10. Kantonsrat. a) Die Beratung des Gesetzes betr. den Strafprozeß wird fortgesetzt beim Abschnitt betr. Verfahren gegen Kinder und Jugendliche. — b) Zum Mitglied des Obergerichtes wird gewählt Dr. jur. Karl Hasler (dem.), Vizepräsident des Bezirksgerichtes Zürich.
15. Großer Stadtrat. a) Der Rat beschließt die Schaffung der Stelle eines Adjunkten des Schul- und Bureauamaterialverwalters, eines zweiten Sekretärs bei der Finanzverwaltung und eines siebenten Sekretärs beim Waisenamt. — b) Bewilligung eines Beitrages von Fr. 20,000 für die Schweiz. Werkbundaussstellung 1918 in Zürich und eines Kredites von Fr. 127,000 für die Korrektur der Wehntalerstraße.
16. An der Jubiläumsfeier der demokratischen Partei in Winterthur halten Regierungspräsident Dr. Wettstein und Bundesrat Dr. Forrer Ansprachen.
17. Kantonsrat. a) Die Verordnung über die Organisation des Obergerichtes wird genehmigt. — b) Die Interpellation Wehrli betr. die Uebergangsbestimmungen zum neuen Steuergesetz wird dahin beantwortet, daß für die Staats- und Gemeindesteuern pro 1918 die Bestimmungen des alten Gesetzes zur Anwendung kommen. Die Steuereinschätzung pro 1919 soll im Laufe des Jahres 1918 soweit als möglich vorgenommen werden, aber diese Neueinschätzung sei erst vom 1. Januar 1919 an wirksam, an welchem Tage auch die Bestimmungen über die amtliche Inventarisierung bei jedem Todesfall in Kraft treten. — c) Die Beratung der Strafprozeßordnung wird fortgesetzt und in erster Lesung beendet.
19. Presse. Der Zentralvorstand des Schweizerischen Wirtevereins überträgt Fritz Ebersold die Redaktion der „Schweiz. Wirtezeitung“.
22. Großer Stadtrat. Der Rat beschließt, an der städtischen Volksschule in den Schulkreisen III und IV je zwei Primarlehrstellen und in letzterem Kreise eine Sekundarlehrstelle zu schaffen. Ferner nimmt er den Beschlusantrag der Kommission an, wonach die Zentralschulpflege und der Stadtrat eingeladen werden sollen, die Frage zu prüfen ob der Beschluß des Großen Stadtrates vom Februar 1910 über die Festsetzung von Klassendurchschnitten einer Revision zu unterziehen sei.

## 1918.

### Januar.

1. Presse. Infolge der Papierrationierung und der Papierpreiserhöhung stellen der „Bote von Uster“ und das „Echo vom Pfannenstiel“ das Erscheinen ein. Die Blätter des Bezirkes Andelfingen gehen zum dreimal wöchentlichen Erscheinen über.  
Stadt Zürich. Das Plakkommando hebt alle Bestimmungen betr. Einschränkung des Versammlungsrechts auf.
2. Das Budget der Stadt Winterthur pro 1918 schließt mit einem Defizit von Fr. 383,000 ab.
4. Das Pfarrkapitel Horgen wählt zum Dekan Pfarrer Bartholdy in Thalwil.
5. Stadt Zürich. Der Voranschlag der Stadt Zürich pro 1918 schließt im ordentlichen Verkehr bei Fr. 27,547,643 Einnahmen und Fr. 32,804,964 Ausgaben mit einem Rückschlag von Fr. 5,257,321 ab.
7. Der Regierungsrat verlangt pro 1917 Nachtragskredite im Betrage von Fr. 699,501.
8. Musterung und Einstellung von etwa 150 fast durchwegs italienischen Deserteuren und Refraktären zu Meliorationsarbeiten bei Niederweningen.
10. Die Winterferien der Stadtschulen müssen wegen Kohlenmangel bis 20. Januar verlängert werden.
13. Die Delegiertenversammlung der kantonalen zürcherischen Gewerbe- und Kleinhandelskammer befürwortet die Bestrebungen der Arbeiterunion Zürich zur Sicherung des Lebensunterhaltes speziell bedürftiger Kreise, sowie die Ausdehnung der Notstandsaktion. Sie lehnt dagegen jede weitere Monopolisierung von Lebensmitteln ab.
14. Der Kantonsrat genehmigt die Staatsrechnung pro 1916. Er nimmt ein Postulat an betr. Errichtung einer Korrekptionsanstalt für Mädchen und junge Frauen, bewilligt Nachtragskredite I. Serie pro 1917 im Betrage von Fr. 552,369 setzt die Beratung des Rechenschaftsberichtes pro 1916 fort und genehmigt den Jahresbericht des Kirchenrates und der Kirchensynode.  
Zürich. Der Stadtrat verlangt vom Großen Stadtrat für das Jahr 1917 Nachtragskredite II. Serie im Betrage von Fr. 2,716,675.  
Die Stadt Winterthur beteiligt sich an der Ausbeutung eines Kohlenbergwerks in Schänis.
15. Eine von 4000 Personen besuchte Sympathiekundgebung der zürcherischen Arbeiterschaft faßt eine Protestresolution gegen die Ausweisung von Münzenberg.
16. Eine Feuersbrunst zerstört in Dübendorf den Gasthof z. Adler samt Scheune und Stallung.
17. Der Regierungsrat wählt als Chef des kant. Ernährungsamtes Dr. Jak. Lorenz von Lichtensteig. Er beschließt die provisorische monatliche Ausrichtung von Feuerungszulagen an Lehrer und Geistliche.
18. Auf dem obern Teil des Zürichsees muß die Dampfschiffahrt wegen starker Eisbildung eingestellt werden.

19. Wegen Beteiligung an den November-Unruhen in Zürich werden die Angeklagten Itchner, Aeklin, Leonie Rascher, Frau Marie Aeklin, Barthel, Heuberger und Waibel vom Territorialgericht V zu Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zehn Monaten verurteilt.  
Das Jubiläum des 25jährigen Bestehens der vereinigten Stadt Zürich wird durch ein Bankett gefeiert.  
Zürich. Der Große Stadtrat wählt zum Mitglied des Waisensrates Beda Enderli. Er beginnt die Prüfung des Geschäftsberichtes des Stadtrates pro 1916, genehmigt den Voranschlag pro 1918 außerordentlicher Verkehr.
21. Der Kantonsrat nimmt in der fortgesetzten Beratung des Rechenschaftsberichtes pro 1916 Postulate an betr. Verwendung des Alkoholzehntels.  
Winterthur. Der Große Stadtrat beginnt die Beratung der revidierten Statuten der städtischen Pensionskasse.
22. Lärm szenen in Zürich. Nach Schluß einer sozialdemokratischen Protestversammlung gegen das Urteil des Territorialgerichts und gegen die Zivil- und Hilfsdienstpflcht kam es zu Lärm szenen vor dem Bezirksgefängnis und der Polizeikaserne.
26. Zum Rektor der Universität für 1918/20 wird Professor Dr. Better gewählt.  
Der Regierungsrat wählt zum Professor der innern Medizin und Direktor der Poliklinik Professor Dr. Otto Nägeli, z. Z. Professor in Tübingen.  
Zürich. Im Großen Stadtrat begründet Dr. Oskar Zollinger seine Motion betreffend Mieterschutz, Maßnahmen gegen die Uebersvölkerung, Milch-, Butter- und Fett rationierung und Erhöhung der Kriegsnotunterstützung.
27. Die Kirchengemeinde Neumünster bewilligt Kredite im Betrage von Fr. 100,000 für die Außenrenovation der Kirche und beschließt Aufnahme eines Anleihens von Fr. 130,000.
28. Der Kantonsrat nimmt in der fortgesetzten Beratung des Rechenschaftsberichtes pro 1916 ein Postulat betr. Anstellung eines zweiten Fabrikinspektors oder Adjunkten an.  
Winterthur. Der Große Stadtrat genehmigt den Verkauf der sog. Blumenbleiche und setzt die Beratung der revidierten Pensionsstatuten fort.  
Münzenberg wird gegen eine Kaution von Fr. 5000 aus der Haft entlassen.  
Eine Versammlung der Feuerwehroffiziere der Stadt Zürich beschließt, beim Stadtrat für die Einrichtung einer ständigen Brandwache und einer Berufsfeuerwehr hinzuwirken. — Eine Versammlung des Kaufmännischen Vereins spricht sich für die Zulassung weiblicher kaufmännischer Angestellter in den Kaufmännischen Verein Zürich aus.
29. Preßverein. Der Zürcher Preßverein bestätigt den bisherigen Vorstand mit Redakteur Nietmann von der N. Z. Z. als Präsidenten.
31. Zürich. Der Stadtrat erläßt ein Reglement über die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse des Personals des städtischen Kriegswirtschaftsamtes. — Er richtet an den Bundesrat das Gesuch um

sofortige Einführung einer einheitlichen Kartoffelrationierung für das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft. — Er beantragt dem Großen Stadtrat die Ausrichtung von Feuerungszulagen an die pensionierten städtischen und die vom Staate pensionierten Lehrkräfte und die Revision der Verordnung über das 6. Geschosß und Dachräume im Sinne der Zulassung von Wohnungen im 6. Geschosß.

Der Regierungsrat verbietet öffentliche Maskenbälle und öffentliches Maskengehen während der Fastnachtzeit 1918.

Die Bauernfraktion des Kantonsrates und die politische Kommission des kant. landwirtschaftlichen Vereins richten eine Beschwerde an das eidg. Brotamt wegen Abnahme und Bezahlung des abzuliefernden Getreides.

## Februar.

2. Stadt Zürich. Großer Stadtrat. Eine Motion Werder über Befoldungsbezüge wird abgelehnt. Die Rechnungen über das Gemeindgut und die allgemeinen Fonds der Stadt Zürich für 1916 werden genehmigt. Für Verbreiterung der Weinbergstraße wird ein Kredit von Fr. 49,000 gewährt. — Die bürgerliche Abteilung nimmt 36 Petenten ins Bürgerrecht auf und genehmigt den Geschäftsbericht für 1916 mit dem Kommissionspostulat betr. Errichtung von städtischen Lehrwerkstätten.

Die vom Regierungsrat gewählte Heimatschutzkommission konstituiert sich mit Oberrichter Dr. Balsiger als Präsidenten.

In Wädenswil findet eine Feier zu Ehren des in den Bundesrat gewählten Dr. Haab statt.

4. Der Regierungsrat erläßt eine Verordnung über die Abgabe von Lebensmitteln zu ermäßigten Preisen.

Winterthur. Der Große Stadtrat setzt die Beratung des revidierten städtischen Pensionsstatuts fort. Eine Interpellation über Wohnungsbau wird vom Stadtpräsidenten dahin beantwortet, daß vom Barackenbau abgesehen werde, und daß man für den Bau von Wohnhäusern mit industriellen Unternehmungen in Unterhandlung stehe.

6. Zürich. Der Stadtrat richtet ein Gesuch an den Bundesrat um Durchführung der eidg. Milchrationierung. An den Regierungsrat werden Gesuche um bessere Zugverbindungen gerichtet.
7. Im Alter von 66 Jahren stirbt Musikdirektor Gabriel Weber. Der Regierungsrat genehmigt das Entlassungsgesuch von Gotthilf Kull als Direktor der kant. Blinden- und Taubstummenanstalt. Er beantragt dem Kantonsrat Erhöhung des Kredites für den Bau eines Pavillons für unruhige geistesranke Männer, eines solchen für Frauen und eines Zentralgebäudes in Rheinau um Fr. 400,000 auf Fr. 1,947,600.
8. Unter dem Vorsitz von Stadtrat Kern findet die Gründung der Genossenschaft der Schweiz. Werkbundaussstellung in Zürich 1918 statt.
9. Zürich. Der Große Stadtrat genehmigt die Vorlage betr. Wohnungseinrichtung im Dachgeschosß, er bewilligt Nachtragskredite pro 1917



- im Gesamtbetrage von Fr. 2,287,610 sowie einen Kredit von Fr. 53,200 für Erstellung einer Feuerwehrremise zc. beim Friedhof Außer Roth und setzt die Beratung des Geschäftsberichts pro 1916 fort.
10. Bezirkswahlen in Zürich. Der bisherige Statthalter Rud. Süssli wird mit 14,433 Stimmen bestätigt, ebenso die bisherigen bürgerlichen Mitglieder des Bezirksrates Angst-Frey, Kaspar Hohl und Wilhelm Müller mit rund 14,850 Stimmen und der Sozialdemokrat Bürgi Verlikon mit 15,145 Stimmen. Als Ersatzmänner des Bezirksrates werden gewählt der bisherige Beerli-Briner mit 14,227 und neu der Sozialdemokrat Caderas mit 14,197 Stimmen. Die bisherigen Mitglieder des Bezirksgerichtes werden bestätigt und neu gewählt der sozialdemokratische Bezirksanwalt Kaufmann und der christlich-soziale Rechtsanwalt J. Köppli, der auch von den bürgerlichen Parteien portiert war. Der ebenfalls gewählte Sozialdemokrat Wüspe fällt als überzählig aus der Wahl. Als Präsident des Bezirksgerichtes wird Hans Billeter bestätigt. Ebenso werden die bisherigen 13 Bezirksanwälte bestätigt. In Winterthur ist bei den Wahlen in den Bezirksrat die bürgerliche Liste durchgedrungen. Ins Bezirksgericht wird neu der Sozialdemokrat Messer mit 6720 Stimmen gegenüber dem Bürgerlichen Vogel, der 6167 Stimmen erhält, gewählt. In den übrigen Bezirken fallen die Wahlen, soweit nicht Rücktrittserklärungen vorliegen, im Sinne der Bestätigung aus.
  11. Im Kantonsrat beantwortet Regierungspräsident Dr. O. Wettstein die Interpellation Viktor Lang über die Einberufung der Hülfspflüchtigen.  
Winterthur. Der Große Stadtrat nimmt das revidierte städtische Pensionsstatut einstimmig an.
  12. Die Zürcher Handelskammer wählt als Vizepräsidenten des Vororts des Schweiz. Handels- und Industrievereins Dr. Schindler-Huber, Generaldirektor in Verlikon.
  13. Zürich. Der Stadtrat bestellt eine Anbaukommission mit dem Chef des Abfuhrwesens als Präsidenten. Er ermächtigt das Gesundheitswesen zum Verkauf des städtischen Vorrates an Dörrobst an Selbstverbraucher und richtet neuerdings ein Gesuch an das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement um Abhilfe beim Kartoffelmangel in der Stadt Zürich.
  14. Der Regierungsrat verdankt in einem Schreiben an den Bundesrat, daß der Platz Zürich durch größere militärische Kräfte gegen allfällige Unruhen gesichert werden soll, spricht die Zuversicht aus, daß ein Bataillon zu diesem Zwecke genügen möge und drückt die Erwartung aus, daß es sich bei dieser neuerlichen Verstärkung der militärischen Kräfte nicht um eine Intervention im Sinne des Art. 16 der Bundesverfassung handeln kann. — In seiner Antwort erklärt sich der Bundesrat mit der Auffassung der Zürcher Regierung einverstanden.
  15. Zürich. Der Zürcher Juristenverein beschließt, beim Bundesrat anzuregen, daß die Schweiz dem internat. Abkommen vom 17. Juli 1905 über die Wirkung der Ehe beitreten soll.
  16. Zürich. Der Große Stadtrat genehmigt die Abrechnung über den Landerwerb zur Friedhoferweiterung Sihlfeld und den Bau eines

zweiten Krematoriums mit einer Kreditüberschreitung von Fr. 14,854. In der fortgesetzten Beratung des Geschäftsberichtes wird ein sozialdemokratisches Postulat betr. Ausdehnung des Regiebetriebes der Straßenbahnschneiderei zur Uniformenbesorgung für alle städtischen Werke bei Stimmengleichheit (41 Stimmen) durch Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt. Die bürgerliche Abteilung gewährt Nachtragskredite im Betrage von Fr. 563,550, genehmigt die Rechnungen über die bürgerlichen Güter, Fonds und Stiftungen und nimmt 24 Petenten ins Bürgerrecht auf.

In Zürich wird mit der Beschlagnahme von Kartoffelvorräten in Privatbesitz begonnen.

17. Zürich. Im Alter von 72 Jahren starb Dr. Georg Cohn, Professor für internationales Recht an der Universität.

Winterthur. Die Gemeindeversammlung genehmigt das Pensionsstatut mit zwei Abänderungen.

18. Der Kantonsrat bewilligt einen Kredit von Fr. 80,000 für die Einrichtung des Erdgeschosses im Hause zum Schanzenberg für Zwecke der Kantonschule. In der fortgesetzten Debatte über die Interpellation betreffend Dienstpflicht der Refraktäre wird eine Motion betr. Solderhöhung der Soldaten und Unteroffiziere erheblich erklärt.

21. Der Regierungsrat bewilligt für die Kirchgemeinde Enge eine dritte Pfarrstelle.

23. Zürich. Der Große Stadtrat bewilligt für die Ausrichtung von Teuerungszulagen an Pensionierte einen Gesamtkredit von Fr. 102,975. In der fortgesetzten Beratung des Geschäftsberichtes pro 1916 entspinnt sich beim Schulwesen eine lange Debatte über den sexuellen Unterricht auf der Primarschulstufe.

24. Der sozialdemokratische Parteitag des Kantons Zürich beschließt Erhöhung des kant. Mitgliederbeitrages, Gründung eines kantonalen Parteisekretariates. Er spricht sich gegen die Gründung von Parteiblättern auf dem Lande aus und protestiert gegen die fortgesetzten Aufgebote von Hilfsdienstpflichtigen. Er fordert Gleichstellung der ausländischen Refraktäre und Deserteure mit der schweizerischen Arbeiterschaft und Zurückziehung der aus innerpolitischen Gründen erlassenen Truppenaufgebote und der Ausweisung Münzenbergs. Ferner fordert er Festsetzung von Mindestlöhnen, den achtstündigen Arbeitstag, Enteignung aller Kriegsgewinne über 10 Prozent und Requisition der leerstehenden Wohnräume in Privathäusern und Villen.

Die Versammlung der freisinnigen Partei des Bezirkes Zürich nimmt eine Resolution an, worin die Bestrebungen des Bundesrates zur Vermehrung der Bodenproduktion durch Heranziehen der Ausländer zu diesen Arbeiten verdankt und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß der Bundesrat mit fester Hand für die Ordnung im Innern und die Sicherheit nach Außen sorgen werde.

25. Der Kantonsrat genehmigt die Rechnung der Kantonalbank pro 1916 und setzt die Beratung des Rechenschaftsberichtes fort. —

Zürich. Am Landesmuseum wird eine Gedenktafel für die Evakuiertenfürsorge in feierlicher Weise angebracht.

27. Eine Konferenz bestehend aus Delegationen des Regierungsrates, des Aktionskomitees der schweizerischen Arbeiterschaft, der sozialdemokratischen Parteien des Kantons und der Stadt Zürich, sowie der Arbeiterunion Zürich stellt gemeinsame Grundsätze über die Hilfsdienstpflicht auf.

Zürich. Im Stadttheater findet die Uraufführung von Stephan Zweigs „Jeremias“ statt.

28. Der Regierungsrat stimmt den Schlussanträgen der Konferenz zur Besprechung der Hilfsdienstpflicht vom 27. Februar mit einigen Abänderungen zu. Er genehmigt das Entlassungsgesuch von Ingenieur Guggenbühl in Zürich als Chef des Amtes für Brennstoffversorgung. — Er errichtet an der philosophischen Fakultät eine außerordentliche Professur für lebende orientalische Sprachen und islamitische Kulturen und wählt an diese Stelle Dr. Jean Jacques Heß von Freiburg. Er wählt ferner zu außerordentlichen Professoren für aromatische Chemie und Spezialgebiete der organischen Chemie an der Universität Dr. Paul Karrer von Teufenthal.

Stadt Zürich. Das städtische Budget für den außerordentlichen Verkehr für das Jahr 1918 sieht an Ausgaben Fr. 2,404,620 und an Einnahmen Fr. 276,520, somit eine Mehrausgabe von Fr. 2,128,100 vor.

März.

3. Eine Abgeordnetenversammlung der Gemeinderäte des Bezirkes Sorgen bestellt eine Kommission zur Prüfung der Frage der Erhöhung der Wehrmännerunterstützung durch Zulagen der Gemeinden. Durch die Explosion eines blindgegangenen Haubitzengeschosses werden in einem Stall in Oberglatt zwei spielende Knaben schwer verletzt.
4. Der Kantonsrat bewilligt die Nachtragkredite für die Erweiterungsbauten in Neu-Rheinau im Betrage von Fr. 400,000, wodurch der Gesamtkredit auf Fr. 1,947,600 erhöht wird. Er setzt die Beratung des Rechenschaftsberichtes pro 1916 fort und führt die Beratung der Strafprozessordnung zu Ende. Der Entwurf wird mit 80 gegen 63 Stimmen angenommen.

Das Zentralkomitee der kantonalen Demokratischen Partei überweist dem Zentralvorstand der schweizerischen Radikal-Demokratischen Partei Begehren betr. 1. eine eidg. direkte Mobilisationssteuer, 2. den eidgenössischen Proporz und 3. Schaffung der Alters- und Invalidenversicherung.

Stadt Zürich. Eine Arbeitslosenversammlung anerkennt die Meliorationsarbeiten im Kanton als die beste derzeitige Arbeitsgelegenheit und stimmt einem Arbeitsvertrag zu, der zwischen der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich, den Aufsichtsbehörden des Meliorationswesens und dem schweizerischen Bauarbeiterverband abgeschlossen worden ist.

5. Eine Versammlung von Gemeindeabgeordneten des Bezirkes Dielsdorf beschließt die Errichtung eines Altersasyls für den Bezirk und die Uebernahme des alten Amtshauses in Regensberg zu diesem Zweck.
6. Stadt Zürich. Der Stadtrat verlangt vom Großen Stadtrat einen Kredit von Fr. 132,000 für die Erstellung eines Bureau- und Werkstättegebäudes beim Maschinenhaus in Sils i. D.
7. Der Regierungsrat wählt zum Professor für Handels-, Kontor- und Schreibfächer an der kantonalen Handelsschule in Zürich Jean Hotz, Handelslehrer.
9. Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat eine Vorlage betr. Festsetzung der Brandassuranzsteuer. Er erläßt Bestimmungen über die Beschäftigung Arbeitsloser bei Ausführungen von Meliorationsarbeiten. Die Vorsteher der Baudirektion und der Finanzdirektion werden mit der Prüfung von Maßnahmen gegen die Wohnungsnot betraut.  
Stadt Zürich. Der Große Stadtrat genehmigt den Geschäftsbericht für 1916 und nimmt dabei Postulate an über die Errichtung von städtischen Lehrwerkstätten. In Beantwortung einer Interpellation sichert der Stadtrat gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung des 7 Uhr-Ladenschlusses zu. — Die bürgerliche Abteilung nimmt 12 Bewerber ins Bürgerrecht auf.  
Die Aktionärversammlung der Leihkasse Richterswil genehmigt den Fusionsvertrag mit der Bank Leu & Co.
11. Kantonsrat. Bei Beratung des regierungsrätlichen Berichtes über die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen läßt die Kommission den Regierungsrat ein, sich beim Bundesrat für eine allmähliche Herabsetzung der Fleischhöchstpreise zu verwenden und die Frage zu prüfen, ob nicht für den Fall, daß die bisherige Abgabe von Lebensmitteln an Bedürftige zu herabgesetzten Preisen aus Mangel an ihnen eingeschränkt werden müßte, diese Abgabe auf Fleisch auszudehnen und die Einrichtung und der Betrieb von Gemeindevolksküchen durch Bund und Kanton zu unterstützen sei.  
Der Regierungsrat richtet an die zürcherische Bevölkerung einen Appell mit Worten dringender Mahnung angesichts der innern und äußern bedrohlichen Lage.  
Der Regierungsrat verlangt vom Kantonsrat Nachtragskredite pro 1917 im Gesamtbetrage von Fr. 4,002,306.
12. Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes schweiz. Haus- und Grundbesitzervereine beauftragt den Vorstand, auf beförderliche Einführung des eidgenössischen Pfandbriefes zu dringen.
13. Stadt Zürich. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat die Gewährung eines Beitrages von Fr. 200,000 an den Erwerb des Sanatoriums und Kurhauses Clavadel und eines Betriebsbeitrages von Fr. 5000 für 1918.
14. Die Gärtnergehilfen des Platzes Zürich treten in Streik.
16. Stadt Zürich. Der Große Stadtrat beschließt den Bau von rasch erstellbaren Arbeiterwohnhäusern im Kostenvoranschlag von Fr. 1,890,000 und erklärt den Beschluß dringlich. Eine Motion auf

Änderung der städtischen Submissionsverordnung wird abgelehnt.  
Wegen Mangels an Feuerungsmaterial wird das Schuljahr schon am 23. März geschlossen.

17. Eine Versammlung des Kartells christlich-sozialer Arbeiterorganisationen spricht sich in einer Resolution energisch gegen den Landesgeneralstreik aus.

Die Firma Blattmann & Co. schenkt der Gemeinde Wädenswil Fr. 100,000, wovon Fr. 40,000 für den Erwerb eines Grundstückes für ein Altersasyl bestimmt sind.

Der Bauerntag des Bezirkes Winterthur verlangt in einer Resolution von allen zuständigen Behörden Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung mit allen Mitteln und unterstützt die Unterschriftensammlung gegen die Uebergriffe von in- und ausländischen Hezern und Anarchosozialisten.

18. Der Kantonsrat nimmt in der fortgesetzten Beratung des Berichtes über die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen das Kommissionspostulat an.

19. Der Regierungsrat trifft Vorbereitungen für die spätere Durchführung von Güterzusammenlegungen. Er erklärt sich zur Uebernahme der Vermittlung im Maler- und Gärtnerstreik bereit. Ferner beantragt er dem Kantonsrat einen Staatsbeitrag von Fr. 250,000 an den Erwerb des Sanatoriums Clavadel und verlangt einen Kredit von Fr. 1,200,000 als Beitragsleistung für die Beschäftigung Arbeitsloser bei den Bodenverbesserungen.

20. Stadt Zürich. Der Stadtrat legt dem Großen Stadtrat einen Beschluß über den Werktagsschlusß vor und verlangt einen Kredit von Fr. 584,000 für die Anschaffung von Anhängewagen für die Straßenbahn.

21. Stadt Zürich. Die Zentralschulpflege erhöht die Ruhegehälter der pensionierten Lehrkräfte für das Jahr 1917 um Fr. 225.— und für die Jahre 1818/19 um je Fr. 300.—.

Die Jahresversammlung des Lesezirkels Hottingen beschließt den Ankauf des an der Gemeindefraße von ihm bis jetzt gemieteten Hauses und Verzicht auf das Projekt des Gottfried Keller-Hauses.

23. Der Regierungsrat erläßt eine Verordnung über Nutzholzversorgung. Dem Emil Hauser-Schwarzenbach wird die Bewilligung zum Abbau von Kohlen im Unterdorf Wädenswil erteilt und dem Kantonsrat wird die Vollziehungsverordnung zum Gesetz betr. die direkten Steuern unterbreitet.

25. Der Kantonsrat beginnt die Beratung des Voranschlages für 1918.

Die Stadt Zürich baut das alte Schulhaus an der Bedersstraße und die Baracke an der Mutschellenstraße für die Aufnahme obdachloser Familien in Wohnhäuser um.

26. Die zürcherischen Metzgermeister kommen beim Regierungsrat um eine Erhöhung der Fleischhöchstpreise ein.

28. Der Regierungsrat genehmigt das Entlassungsgesuch von Dr. Rud. Schoch als Professor am kantonalen Gymnasium. — Er gliedert dem kantonalen Ernährungsamt eine Warenabteilung an.

29. Die Eidgen. Technische Hochschule verleiht den Dokortitel hon. causa an Oberst G. Naville, Ingenieur Jules Weber und Ing. Jak. Sulzer-Imhof in Winterthur und Ing. Theodor Bell in Kriens.

#### April.

2. An Stelle des an die französische Botschaft in Bern berufenen Max Mongendre wird zum französischen Generalkonsul in Zürich Marcel Feit ernannt.

Winterthur. Der Große Stadtrat bewilligt einen Kredit von Fr. 120,000 für eine Wärmeverwertungsanlage im Gaswerk und beginnt die Beratung des Budgets pro 1918, das mit einem Defizit von Fr. 430,000 abschließt. Die bürgerliche Abteilung nimmt 14 Petenten ins Bürgerrecht auf.

3. Der Malerstreik in Zürich ist beendet.

4. Der Erziehungsrat gibt den Schulpflegern und der Lehrerschaft der Volksschule in einem Kreisschreiben Anleitung in der Verwendung der Schulkinder bei landwirtschaftlichen Arbeiten.

Stadt Zürich. Der Stadtrat unterbreitet dem Großen Stadtrat den Entwurf einer neuen Tarordnung der Straßenbahn, und beantragt die Bewilligung eines einmaligen Beitrages von Fr. 25,000 an die Stadtschützengesellschaft für Um- und Sicherungsbauten auf dem Schießplatz Albisgütli.

Der Regierungsrat wählt Dr. P. J. Barblan von Sils in Basel zum Leutnant des kantonalen Polizeikorps. — Er unterbreitet dem Kantonsrat ein Gesetz über das Salzregal.

7. Der Regierungsrat macht den Bundesrat in einem Telegramm auf eine tiefgehende Beunruhigung in den weitesten Kreisen des Kantons über den Beschluß in der Milchpreisfrage aufmerksam. Der Regierungsrat sieht für das Land gefährliche Folgen voraus, wenn der Beschluß bestehen bleibt und bittet den Bundesrat dringend um Wiedererwägung und Übernahme der Preisdifferenz durch Bund und Kantone.

8. Im Kantonsrat beantwortet Regierungspräsident Dr. Wettstein die Interpellation Werder betr. Milchpreiserhöhung und daraus entstehende Mehrbelastung weiter Volkskreise, indem er auf das Telegramm der Zürcher Regierung an den Bundesrat verweist und den Wunsch ausdrückt, der Kantonsrat möge sich dem Schritte der Regierung anschließen. Der Rat beschließt Absendung eines Telegrammes im gleichen Sinne an den Bundesrat. Er bewilligt einen Staatsbeitrag von Fr. 250,000 an den Ankauf des Sanatoriums Clavadel und setzt die Beratung des Voranschlages für 1918 fort. Winterthur. In Fortsetzung der Budgetberatung bewilligt der Große Stadtrat u. a. einen Beitrag von Fr. 30,000 für den Ankauf des Lungenfanatoriums Clavadel und für Kriegsfürsorge einen Kredit von Fr. 50,000. Sekundarlehrer Pfister begründet eine Interpellation betr. Erstellung von 30 städtischen Wohnungen und Dr. Fackmann eine solche betr. Milchpreiserhöhung.

9. Das Zentralkomitee des Schweizer. Kaufmännischen Vereins richtet an den Bundesrat ein Gesuch um Wiedererwägung des Beschlusses betr. Milchpreiserhöhung.

Auf dem Plage Zürich treten die Schmiede und Wagner in Streik. Stadt Zürich. Der Stadtrat verlangt vom Großen Stadtrat einen Nachtragskredit von Fr. 16,000 für Erstellung der Terrasse am Mythenquai.

10. Die Kirchenpflege Außer Röhl beschließt die Schaffung einer weiteren Pfarrstelle speziell für Jugendfürsorge.

11. Der Erziehungsrat erläßt Vorschriften über vermehrte Beachtung der familienrechtlichen und häuslichen Verhältnisse der Schüler der Volksschule durch Schulbehörden und Lehrerschaft.

Eine Gruppe von Freunden des Zürcher Stadttheaters beschließt die Gründung des Zürcher Theatervereins.

Die Zentralschulpflege beantragt Erhöhung der Wohnungsentschädigung für die Volksschullehrer auf Fr. 1600.

12. Eine Versammlung der industriellen Arbeitgeber der Stadt Winterthur beschließt gänzliche Freigabe des 1. Mai für die Arbeiter. — Der Regierungsrat wählt zum Direktor der kantonalen Blinden- und Taubstummenanstalt Benjamin Menet, Pfarrer in Bern.

13. In Winterthur wird im Baugewerbe eine Einigung erzielt in dem Sinne, daß der Arbeitstag auf  $9\frac{1}{2}$  Stunden reduziert und der Samstagnachmittag freigegeben wird.

Stadt Zürich. Der Große Stadtrat bewilligt einen Beitrag von Fr. 200,000 an die Erwerbung des Sanatoriums Clavadel und einen jährlichen Betriebsbeitrag von Fr. 5000 an den Betrieb des Sanatoriums, ferner bewilligt er einen Kredit von Fr. 132,000 für Errichtung eines Bureau- und Werkstättengebäudes in Sils und beginnt die Beratung des Voranschlages für 1918.

15. Der Kantonsrat bewilligt in der fortgesetzten Debatte über den Voranschlag für 1918 u. a. einen Staatsbeitrag von Fr. 20,000 an die Schweizer. Werkbundaussstellung und evtl. weitere Fr. 10,000 zur Deckung eines allfälligen Defizits dieser Ausstellung. Das Budget wird genehmigt und die Staatssteuer auf  $4\frac{3}{4}$  Promille der Katastersumme festgesetzt.

Winterthur. Der Große Stadtrat genehmigt den Ankauf der Liegenschaft „Zur Arche“ zum Preise von Fr. 380,000 und setzt die Budgetberatung fort.

Das Sechseläuten in Zürich verläuft bei Regenwetter ohne jede festliche Veranstaltung.

Der Streik der Schmiede und Wagner auf dem Plage Zürich ist beendet.

17. Der Zentralvorstand der Freisinnigen Partei des Kantons Zürich empfiehlt Unterzeichnung der Eingabe des Oltener Komitees an den Bundesrat gegen unerwünschte Ausländer.

20. Stadt Zürich. Der Große Stadtrat erhöht in der fortgesetzten Beratung des Budgets pro 1918 den Kredit für Kriegsnotunterstützung von Fr. 550,000 auf Fr. 1,200,000. Der Rat beschließt Absendung eines Telegrammes an den Nationalrat zur Unterstützung der von Regierungsrat und Kantonsrat an den Bundesrat gerichteten Telegramme.

21. In der städtischen Abstimmung wird der Bau von Wohnhäusern an der Nordstraße mit 20,547 Ja gegen 4378 Nein beschlossen. In der Stadt Zürich werden sämtliche Notare im Amte bestätigt. Bei den Wahlen in die Bezirksschulpflege siegt die bürgerliche auch von den Grütljanern unterstützte Liste. Die Kandidaten dieser Liste erhalten durchschnittlich 3000 Stimmen mehr als die Sozialdemokraten. Gewählt werden sämtliche 31 Kandidaten der vereinigten sogenannten „nationalen“ Liste und 8 Sozialdemokraten. — In Winterthur siegt bei den Wahlen in die Sekundarschulpflege die bürgerliche Liste.

22. Der Kantonsrat setzt die Prüfung des Berichtes über die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen fort.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Schaffung eines kantonalen Jugendamtes und verlangt hiefür pro 1918 einen Kredit von Fr. 10,000.

Nachdem schon im Januar an verschiedenen Stellen Sprengstoffe und Bomben gefunden worden waren, werden beim Pumpwerkkanal im Letten einige Pakete mit Höllenmaschinen geborgen, die Sprengstoffe schärfster Art enthalten.

Professor Sauerbruch nimmt einen Ruf an die Universität München an.

Winterthur. Der Große Stadtrat beendigt die Budgetberatung pro 1918 und genehmigt u. a. eine neue Taxordnung für die Straßenbahn. Er setzt neue erhöhte Gaspreise fest.

23. Winterthur. Der Stadtrat gibt den städtischen Arbeitern den 1. Mai ohne Lohnabzug frei.

Beim Drahtschmidli-Steg wird auf dem Grund der Limmat neuerdings eine Riste mit neun Handgranaten gefunden. Die Polizei entdeckt die Quelle, von wo aus die Sprengmittel beseitigt worden sind. Etwa zehn Verhaftungen werden vorgenommen.

24. Stadt Zürich. Der Große Stadtrat beendet die Beratung des Voranschlages für 1918 und setzt die Vermögenssteuer auf 6 Promille, die Einkommens- und die Mannssteuer auf je 6 Einheiten und die Liegenschaftssteuer auf 5 Einheiten fest.

Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1917 der Stadt Zürich ergibt im ordentlichen Verkehr bei Fr. 28,367,256 Einnahmen und Fr. 31,161,902 Ausgaben einen Rückschlag von Fr. 2,794,646 und im außerordentlichen Verkehr einen solchen von Fr. 2,313,301. — Der Stadtrat bringt bei der bürgerlichen Abteilung des Großen Stadtrates eine Vorlage ein über die Zusammenlegung von bürgerlichen Fonds und Stiftungen.

Nachmittags 3 Uhr 22 wird in Zürich ein starker Erdstoß wahrgenommen.

In Winterthur wird ein Arbeitgeberverband von Winterthur und Umgebung als Genossenschaft gegründet.

25. Das Zentralkomitee des Grütlivereins fordert sämtliche Kantonalverbände auf, bei den Kantonsregierungen die Übernahme des ganzen Milchpreisaufschlages auf die Staatskasse zu verlangen.

27. Der Regierungsrat wählt zu seinem Präsidenten Dr. G. Keller und zu seinem Vizepräsidenten Dr. S. Ernst. — Er bestellt die



kriegswirtschaftliche Kommission aus den Regierungsratsmitgliedern Dr. S. Ernst, S. Nägeli und Dr. O. Wettstein. Er genehmigte die neuen Statuten der zürcherischen Winkelriedstiftung und nimmt Kenntnis vom Beschlusse des Verwaltungskomitees der Winkelriedstiftung, der Sammlung für Soldatenfürsorge einen Betrag von Fr. 100,000 zu übermachen. Er verlangt ferner vom Kantonsrat einen Kredit von Fr. 240,000 für die Erstellung einer Heizanlage in der Kaserne Zürich.

Das Obergericht wählt zum kantonalen Notariatsinspektor Bezirksrichter Konrad Volkart in Derlikon.

Stadt Zürich. Der Große Stadtrat genehmigt den Beschluß des Stadtrates auf Freigabe des 1. Mai an das städtische Personal unter Aufrechterhaltung des Betriebes der städtischen Werke, sowie der Straßenbahn wie an andern Feiertagen. Der Stadtrat wird ermächtigt, auch den Schulen den 1. Mai freizugeben. — Die bürgerliche Abteilung genehmigt die Voranschläge des Armengutes, der bürgerlichen Güter, Fonds und Stiftungen für 1918 und setzt die Armensteuer auf 1,75 Einheiten fest. Er nimmt 22 Petenten ins Bürgerrecht auf.

Die kantonale Sekundarlehrerkonferenz wählt zu ihrem Präsidenten E. Schulz in Zürich und behandelt die Frage des Ausbaues der Sekundarschule.

28. Die Delegiertenversammlung der kantonalen demokratischen Partei nimmt eine Resolution an, worin sie die Initiative für eine bleibende direkte Bundessteuer ablehnt. Sie gibt einer zeitlich beschränkten Mobilisationssteuer den Vorzug, wünscht aber, daß die Frage einer einmaligen Kapitalerhebung geprüft werde.

Die Abgeordnetenversammlung des Sängervereins am Zürichsee in Stäfa erklärt das Jahr 1918 „angesichts der ernsten Zeitverhältnisse“ als festlos und wählt als Verbandsdirektor Musikdirektor Stüßi in Wädenswil.

In Außerrihl wird Max Boller als Pfarrer installiert.

29. Im Kantonsrat beantwortet Erziehungsdirektor Dr. Mousson die Interpellation Dr. Enderli betr. Wegweisung von schweizerischen Studenten von der Universität Zürich, welche wegen Dienstverweigerung zu Gefängnisstrafen verurteilt und im Aktiobürgerrecht eingestellt wurden. Die Interpellation Gschwend betr. Milchpreisfrage wird von Regierungspräsidenten Dr. O. Wettstein beantwortet.

Winterthur. Der Große Stadtrat beschließt die Erstellung einer Riegelbaute mit zehn Wohnungen für städtische Angestellte im Kostenvoranschlag von Fr. 160,000.

30. Stadt Zürich. Schulvorstand und Stadtschulpflege setzen versuchsweise den Beginn des Vormittagsunterrichts für sämtliche Schüler der Primar- und Sekundarschule auf 8 Uhr vormittags fest.

Presse. Die sozialdemokratische Pressunion Winterthur wählt als Redakteur der Winterthurer Arbeiterzeitung Friedrich Heeb von der Berner Tagwacht.

## Mai.

1. Stadt Zürich. Die Mai-Feier nimmt einen ruhigen Verlauf. Am Zug beteiligen sich 7–8000 Personen. Viele Magazine und Geschäfte in den Straßen, durch die sich der Zug bewegt, sind geschlossen bezw. die Läden heruntergelassen. Infolge des vollständig eingestellten Fuhrwerksverkehrs zirkulieren weder Trams noch Autos. Trotz dem Beschluß des Stadtrates ist die Arbeit vom Straßenbahnerpersonal nicht aufgenommen worden.

Der Stadtrat mißbilligt die vom Fahrpersonal der Straßenbahnen durch unbefugtes Wegbleiben vom Dienste begangene Dienstpflichtverletzung, und erteilt demjenigen Fahrpersonal, das sich nicht zum Dienst gemeldet hat, einen Verweis. Ferner wird diesem Personal der Lohn für die versäumte Arbeitszeit abgezogen und die Dauer der Ferien um einen Tag verkürzt.

In Winterthur hat der Maiumzug den gewohnten Umfang. Ein Teil der Läden ist geschlossen. Die Straßenbahn verkehrt in normaler Weise.

2. Stadt Zürich. Der Stadtrat unterbreitet dem Großen Stadtrat Anträge auf Arbeitsreduktion und Ferien des Polizeikorps und Vermehrung der Polizeimannschaft. Er verlangt vom Großen Stadtrat Kredite für Herrichtung einer Suppenküche an der Fabrikstraße Fr. 193,000, für Heizungs- und Beleuchtungseinrichtung im Schulhaus B an der Hochstraße Fr. 122,000 und für zwei Umbauten an der Turnhalle desselben Schulhauses Fr. 184,000.

In Zürich stirbt 78 Jahre alt Professor Dr. Oskar Wyß, 1874 bis 1910 Direktor des Kinderspitals in Zürich.

Die Sportplatzanlage Derlikon wird für vier Jahre an den Meisterschaftsringer Lemm in Dübendorf vermietet.

4. Stadt Zürich. Der Große Stadtrat wählt zu seinem Präsidenten Dr. med. Häberlin (freis.), zum 1. Vizepäsidenten Gschwend (Sozialdemokrat) und zum 2. Vizepäsidenten Werder (Demokrat.) Er nimmt die Motion Baumann betr. Freigabe des Samstagnachmittags für die städtischen Arbeiter an, ebenso die Besoldungsverordnung für die Abwarte der Verwaltungsgebäude und bewilligt Kredite im Gesamtbetrage von Fr. 114,700 für verschiedene Straßenbauten, ferner Fr. 77,000 für den Ankauf einer Liegenschaft an der Schaffhauserstraße und genehmigt die Vorlage betr. Abänderung der Baulinie beim Kreuzplatz.

Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat Erhöhung des Soldes für die Feuerwehrleute.

5. Am Parteitag der kantonalen Freisinnigen Partei hält Bundesrat Dr. Haab eine Rede über die heutige Lage der Schweiz. Der Parteitag beschließt Verwerfung der Initiative betr. permanente direkte Bundessteuer.

Die Delegiertenversammlung des Schweiz. Buchdruckervereins ersucht in einer Resolution die Behörden, Maßnahmen zur Lösung der Papierkrise zu treffen.

6. Der Kantonsrat wählt zu seinem Präsidenten Stadtrat Dr. Streuli (freis.), zum 1. Vizepäsidenten Dr. Studer, Winterthur (Sozial-

demokrat) und zum 2. Vizepräsidenten Gemeindepräsident Rudolf Streuli, Horgen (Bauernpartei). Die Debatte über die Interpellation Dr. Enderli über die Behandlung der dienstverweigernden Studenten an der Universität wird fortgesetzt.

8. Der Regierungsrat beschließt eine Erhöhung der Fleischschaugebühren. Er ersetzt die Verordnung über die Einschränkung des Brennstoffverbrauches durch eine neue, welche wesentliche Erleichterungen enthält.

Stadt Zürich. Der Große Stadtrat bewilligt die Kredite von Fr. 111,000 für Erstellung einer Warthalle auf dem Kreuzplatz und Fr. 88,500 für Mobiliaranschaffungen für die Amtsvormundschaft. Er genehmigt die abgeänderte Gebührenordnung für den Schlachthof. Dr. Meyer interpelliert über den Streik der Straßenbahnangestellten vom 1. Mai.

Der Stadtrat unterbreitet dem Großen Stadtrat einen revidierten Vertrag mit der Stadttheateraktiengesellschaft betreffend finanzielle Unterstützung. Er legt bei der Volkswirtschaftsdirektion Verwahrung ein gegen die Schlechterstellung der Linie Zürich-Gotthard gegenüber der Linie Luzern-Gotthard im Entwurf zum 5. eingeschränkten Fahrplan der S. B. B.

10. Im Stadthaus Zürich konstituiert sich unter dem Voritze von Stadtpräsident Nägeli ein Ortskomitee für die schweizerische Nationalspende.
12. Die kantonale Gemeinnützige Gesellschaft bewilligt Beiträge von Fr. 5000 an die Nationalspende, Fr. 3000 an die Stiftung für das Alter und Fr. 30,000 an den Erwerb des Sanatoriums Clavadel. In Zürich wird eine schweizerische Organisation der Textilbranche gegründet.
13. Der Kantonsrat bewilligt Nachtragskredite pro 1917 im Gesamtbetrage von Fr. 4,002,306. Debrunner interpelliert über die Behandlung deutscher Gestellungspflichtiger im kantonalen Röntgeninstitut. Es wird materielle Behandlung der Volksinitiative auf Abänderung des Strafgesetzbuches beschlossen.

Die freisinnige Kantonsratsfraktion beschließt Stellungnahme gegen die Anträge Dr. Enderli-Lang betr. Behandlung der dienstverweigernden Studenten. Ähnliche Beschlüsse werden von den Fraktionen der Demokraten und der Bauernpartei gefaßt.

Im Kunsthaus in Zürich wird eine österreichische Kunstausstellung eröffnet.

Zu den Bombenfunden wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß sich die ganze Täterschaft aus Deserteuren und Refraktären italienischer Nationalität zusammensetzt, die zugleich der zürcherischen anarchistischen Gruppe angehören. Nach Aussagen eines der Angeeschuldigten hätten die Sprengstoffe zu revolutionären Zwecken in Zürich Verwendung finden sollen.

14. In der Generalversammlung des Zürcher Pressevereins sprechen sich Nationalrat Dr. Meyer und Ständerat Dr. O. Wettstein in Referaten grundsätzlich für Beibehaltung der Anonymität in der Presse aus.

In Clavadel findet durch eine einfache Feier der formelle Übergang von Sanatorium und Kurhaus an die Organe der zürcherischen Lungenheilstätte statt.

15. Der Regierungsrat wählt als Bezirksarzt in Winterthur Dr. Rob. Gubler in Turbenthal. — Er genehmigt das Projekt für eine neue Kirche und Pfarrhaus in Fluntern. Er leitet einen Gesetzesentwurf über die obligatorische Viehversicherung an den Kantonsrat und verlangt für die Erstellung eines Hauses für 50 männliche Detinierte in der Korrekptionsanstalt Utikon a/Albis einen Kredit von Fr. 240,000. Ferner richtet er an die Gemeinderäte ein Kreis Schreiben betr. die Bekämpfung der Wohnungsnot.

Stadt Zürich. Der Große Stadtrat erledigt ohne Beschlussfassung die Debatte über die Interpellation betr. den Streik der Straßenbahner am 1. Mai.

Der Stadtrat leitet an den Großen Stadtrat Anträge auf Erleichterung der Bürgerrechtserwerbung für kantonsfremde Schweizerbürger.

16. Stadt Zürich. Die Zentralschulpflege beauftragt die Präsidentenkonferenz mit der Prüfung einer besseren Ernährung notleidender Schüler.
17. 400 schweizerische Studierende in Zürich erklären in einer Resolution an den Bundesrat, daß sie angesichts der inner- und außerpolitischen Gefahren der Schweiz, ihre Kraft für die Stärke des Staates und die Freiheit des Volkes einsetzen und die Dienstverweigerung entschieden verurteilen.

Die Delegiertenversammlung des Schweizer. Handels- und Industrie-Vereins bestätigt die Kaufmännische Gesellschaft Zürich als Vorortsektion und nimmt eine Resolution über Arbeitslösenfürsorge an.

18. In Zürich wird die Schweizer. Werkbundausststellung eröffnet. Der Regierungsrat errichtet ein kantonales Milchamt.
20. Die Grütliauer in Zürich feiern das Jubiläum des 80jährigen Bestandes des Schweizer. Grütlivereins zusammen mit demjenigen des 70jährigen Bestandes der Sektion Zürich und des 50jährigen Bestandes des Grütlimännerchors Zürich!
21. Der Kantonsrat nimmt die Vorlage über die Gebäudeschätzung und Brandasskuranzsteuer an und bewilligt den Kredit von Fr. 250,000 für eine neue Heizanlage in der Kaserne Zürich. Er beginnt die Beratung des Gesetzes über die Organisation und Verwaltung der Stadt Winterthur und ihrer fünf Vororte.

Stadt Zürich. Der Stadtrat unterbreitet dem Großen Stadtrat einen Vertrag mit dem Verband zürcherischer Finanzinstitute über die Aufnahme eines neuen Anleihe von 25 Millionen.

22. Die Aufsichtskommission der zürcherischen Heilstätten Wald und Clavadel wählt zum Direktor und Chefarzt in Clavadel Direktor Dr. Staub im Faltiberg bei Wald und zum Verwalter in Clavadel den bisherigen Verwalter in Wald H. Keller, zum Chefarzt der Heilstätte Wald Dr. Deiß und zum Verwalter in Wald Inspektor Bisiger-Schürch in Zürich.

Der kantonale Pfarrverein beschließt den Beitritt zum kantonal-zürcherischen Verband der Festbesoldeten und wählt zum Gesellschaftspräsidenten Dekan J. R. Eppler in Affoltern a/Albis.

25. Stadt Zürich. Der Große Stadtrat bewilligt an die Erweiterung des Scheibenstandes im Albisgütli einen Beitrag von Fr. 27,500 sowie für sechs Jahre einen Betriebsbeitrag an die Stadtschützen-gesellschaft von Fr. 5000. Er ermächtigt den Stadtrat dringlich zur Aufnahme eines Anlehens von 25 Millionen Franken.

Der Stadtrat lehnt in einem Antwortschreiben an die Arbeiterunion Zürich und den Vorstand des Straßenbahnervereins die Begehren des letzteren um teilweise Milderung der Strafmaßnahmen wegen der Dienstpflichtverletzungen vom 1. Mai ab.

26. Der kantonale demokratische Parteitag beschließt mit 62 gegen 60 Stimmen Unterstützung der Initiative auf Einführung einer direkten Bundessteuer.

Eine von 508 Mann des Straßenbahnpersonals besuchte Versammlung beschließt auf die Antwort des Stadtrates hin mit 256 gegen 228 Stimmen, welche letztere für eine Gegenaktion durch sofortige Niederlegung der Arbeit eintreten, von einem erneuten Ausstand abzusehen.

27. Die Hafner auf dem Plage Zürich treten in Ausstand.

Zum 5. Mal seit Kriegsbeginn rückt die Infanteriebrigade 14, Bataillone 66—71, zum Grenzdienst ein.

28. Der Zürcher Pressverein befaßt sich in seiner Generalversammlung mit der Einschränkung der Reklame im Textteil der Zeitungen, der Besserstellung der freien Journalisten, der Kollektivversicherung für Klagen, die wegen ungenauer Berichterstattung erhoben werden und der Papierversorgung.

29. Eine Konferenz der Subventionsgemeinden der Zürcher Dampfbootgesellschaft beschließt Aufrechterhaltung des Dampfschiffbetriebes auf dem Zürichsee und beantragt den kompetenten Behörden Erhöhung der jährlichen Subvention auf Fr. 73,000.

Stadt Zürich. Der Stadtrat beantragt der bürgerlichen Abteilung des Großen Stadtrates Ankauf der Kuranstalt z. Sonnenhof in Erlenbach von F. Fellenberg.

Winterthur. Der Abschluß der städtischen Rechnung pro 1917 ergibt einen Rückschlag von Fr. 70,532.

30. Der Regierungsrat erhöht die Gebühren für das Röntgeninstitut des Kantonsospitals Zürich um 50 Prozent.

#### Jun i.

1. Die meisten Tageszeitungen der Stadt Zürich erhöhen den Einzelverkaufspreis auf 15 Rappen.

2. In der eidgenössischen Abstimmung wird die Bundessteuer-Initiative mit 270,677 Ja gegen 311,462 Nein verworfen. Der Kanton Zürich ergibt 57,818 Ja und 37,213 Nein; die Stadt Zürich 19,398 Ja und 10,118 Nein.

Bei der Ersatzwahl ins Bezirksgericht Zürich wird der bürgerliche Otto Bänninger mit 16,529 Stimmen gewählt. Der Sozialdemokrat Dr. Faas erhält 16,250 Stimmen. Absolutes Mehr 16,494.

3. Der Regierungsrat ermächtigt die Städte Zürich und Winterthur den Ladenschluß der Esiffeure auf eine frühere Abendstunde festzusetzen.  
Winterthur. Der Große Stadtrat wählt zu seinem Präsidenten Professor Dr. Bachmann, freis., zum 1. Vizepräsidenten Dr. Stamm, dem., und zum 2. Vizepräsidenten Professor Dr. Gasser, Sozialdem.  
In Zürich konstituiert sich der Schweizer. Soldatenbund.  
Königin Olga von Griechenland trifft in Zürich ein.
5. Stadt Zürich. Eine von der Arbeiterunion und dem Arbeiterinnenverein einberufene Versammlung von Wehrmannsfrauen beschließt am Montag Vormittag eine Rundgebung zu veranstalten, wobei dem Regierungsrat eine Resolution mit den Forderungen der Arbeiterfrauen übermittelt werden soll.
7. Es wird ein Verein der zürcherischen Pensionsinhaber gegründet.
8. Stadt Zürich. Der Große Stadtrat bewilligt für bauliche Veränderungen am Schulhaus und der Turnhalle an der Hochstraße Kredite im Gesamtbetrage von Fr. 306,000, ferner für Errichtung einer Suppenküche an der Limmatstraße Fr. 193,000. Er genehmigt die Verordnung über den Ladenschluß an Werktagen (7 Uhr; an Vorabenden von Sonn- und Feiertagen 8 Uhr), sowie die Verordnung betr. Entschädigung der Lehrer für Verwaltungstätigkeit. Die bürgerliche Abteilung genehmigt 46 Gesuche um Aufnahme ins Bürgerrecht.
9. Der Vorstand des Zürcher Theatervereins wählt zu seinem Vorsitzenden Ernst Zahn.
10. Der Kantonsrat genehmigt den Beschluß über die Vereinigung der Schulgemeinden Hirzel Kirche, Hirzel-Höhe und Hirzel-Spizen. Im Anschluß an eine Interpellation Weber über die „immer größer werdende Notlage der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Staates“ wird eine Kommission zur raschen Prüfung der vom Regierungsrat angekündigten Besoldungsvorlage eingesetzt. Der Präsident nimmt Notiz von der Demonstration der Frauen, die sich vor dem Ratsgebäude abspielt. Ueber eine Eingabe der Frauen, welche verlangen, daß einer Delegation Gelegenheit gegeben werde, ihre Forderungen, welche u. a. Beschlagnahme sämtlicher Lebensmittel zur Verteilung unter Kontrolle der Arbeiterschaft, Erhöhung der Unterstützungen etc. betreffen, zu prüfen, entspinnt sich eine sehr lange Debatte. Mit 100 gegen 78 Stimmen beschließt der Rat, die Frauendelegation heute nicht zu empfangen, dagegen wird mit 75 gegen 23 Stimmen beschlossen, die Abordnung in der nächsten Sitzung zu empfangen.  
Frauendemonstration vor dem Zürcher Rathaus.
11. Der regierungsrätliche Entwurf einer neuen Verordnung über die Anstellung und die Besoldungen der Beamten und Angestellten der Verwaltung und der Gerichte sieht wesentlich erhöhte Besoldungen vor. Für Zentralverwaltung und Obergericht sind 14 Klassen vorgesehen mit einer Höchstbesoldung von Fr. 11,400.
12. Stadt Zürich. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat Gewährung eines Beitrages von Fr. 5000 für die Errichtung einer

weiteren Kinderkrippe. Er beschließt die Freigabe des Samstag Nachmittags an die städtischen Arbeiter für die Dauer vom 15. Juni bis 30. September.

14. Rundgebung der Arbeiterschaft auf dem Münsterhof als „Solidaritätserklärung für die Frauendemonstration vor dem Rathaus“. Anschließend Radau- und Lärmszenen in der Bahnhofstraße, bis Militär die Fahrbahn besetzt.
15. Der Regierungsrat wählt als Mitglied des Ausschusses für Lebensmittelverteilung des kantonalen Ernährungsamtes Frau Rosa Bloch. Er erläßt eine revidierte Verordnung über die Abgabe von Lebensmitteln zu ermäßigten Preisen. — In die Renovation der Grossmünsterkirche wird ein Staatsbeitrag von Fr. 6500 bewilligt.
17. Der Kantonsrat empfängt die Frauendputation, bestehend aus der Lehrerin Agnes Robmann, Frau Marie Harry und Frau Rosa Bloch, welche die Forderungen der Arbeiterfrauen vertreten. Im Anschluß an die Ausführungen der Frauendputation beschließt der Rat die Entsendung einer Deputation, bestehend aus den der Bundesversammlung angehörenden Mitgliedern des Regierungsrates und des Kantonsrates, die eventuell durch weitere Delegierte verstärkt werden kann, an den Bundesrat, um eine bessere Versorgung des Kantons Zürich mit Monopolwaren und andern Lebensmitteln zu verlangen.

Im Anschluß an den Empfang der Frauendputation durch den Kantonsrat ereignen sich neuerdings lärmende Straßendemonstrationen. Der in der Demonstrationsversammlung vom Donnerstag angekündigte Generalstreik tritt jedoch nicht ein. Vor der Polizeikaserne, wo der Jungburschenführer Herzog verhaftet ist, greift das Militär ein und treibt mit blanker Waffe die Demonstranten und Neugierigen auseinander. Es werden einige Verhaftungen vorgenommen.

Die Anschläger der zürcherischen Schreinereien treten in Aufstand.

- 17., 18. Die Jahresversammlung des Schweizer. Gemeinnützigen Frauenvereins genehmigt eine Anzahl Jahresberichte. Für den Bau einer neuen Haushaltungsschule in Lenzburg wird ein Kredit von Fr. 100,000 bewilligt.
18. Der Kantonsrat genehmigt einen Kredit von Fr. 900,000 für den Ankauf und die Renovation des Gasthofs zum „Schwert“, wo die kantonale Steuerverwaltung untergebracht wird. Ferner einen Kredit von Fr. 1,2 Millionen für Beschäftigung Arbeitsloser bei Bodenverbesserungen.

Die Unionsdelegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich genehmigt einstimmig den Protest des Unionsvorstandes an den Regierungsrat „wegen der Kavallerieattacke auf harmlose Passanten und die heimkehrende Bevölkerung“, wendet sich aber andererseits mit Bestimmtheit und Einstimmigkeit gegen die separatistischen Aktionen, wie sie von der Gruppe „Forderung“ in Zürich stets auszulösen versucht werden.

19. Die Deputation des Zürcher Kantonsrates an den Bundesrat ist zusammengesetzt aus dem Regierungspräsidenten resp. dessen Stell-

vertreter, dem Kantonsratspräsidenten Dr. Streuli, den Regierungsräten Dr. Ernst, Dr. Wettstein und Nägeli, den Mitgliedern des Kantonsrates, die der Bundesversammlung angehören: Nationalräte: Bertschinger, Bopp, Conzett, Greulich, Hardmeier, Hörni, Huggler, Koller, Luz, Odinga, Ringger, R. Schmid, Studer; den Fraktionspräsidenten Baumberger, Dr. Enderli, Pflüger, Streuli (Gorgen), Wehrli und Werder, den Vertretern der Städte: Nägeli, und Sträuli, den Vertretern des kantonalen Ernährungsamtes: Dr. Lorenz und Schräml.

Stadt Zürich. Der Stadtrat verlangt vom Großen Stadtrat einen Kredit von Fr. 420,000 für die Schaffung einer Anlage zwischen Josephstraße und Bahnviadukt.

Winterthur. Die städtische Rechnung pro 1917 schließt bei Fr. 4,060,177 Einnahmen und Fr. 4,130,699 Ausgaben mit einem Rückschlag von Fr. 70,522 ab.

21. Die Deputation des Zürcher Kantonsrates wird von einer Vertretung des Bundesrates, bestehend aus Bundespräsident Calonder und den Bundesräten Decoppet und Schulthess, empfangen, welche der Zürcher Deputation eine gründliche Prüfung der Begehren in Aussicht stellt.

Winterthur. Die städtische Arbeiterschaft tritt in Ausstand.

22. Der Regierungsrat genehmigt die Entlassungsgesuche der Professoren Dr. Sauerbruch und Dr. Hermann Hitzig. Er erläßt ein revidiertes „Reglement über die Behandlung der Funde von Naturkörpern und Altertümern im Kanton Zürich“ und eine neue „Taxordnung für Hebammen“ unter etwelcher Erhöhung der Gebühren.

Stadt Zürich. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat die Erstellung von 31 Wohnhäusern mit 186 Wohnungen in Wiedikon im Kostenvoranschlag von Fr. 3,063,000. Ferner beantragt er die Gewährung einer provisorischen Gehalts- oder Lohnzulage von Fr. 480 pro Jahr an die vollbeschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter, sowie an die ausschließlich von der Stadt beschäftigten Lehrkräfte.

Winterthur. Der Ausstand der städtischen Arbeiterschaft wird durch einen Kompromißbeschluß des Großen Stadtrates beigelegt.

24. Im Kantonsrat berichtet der Vorsitzende Dr. Streuli über die Konferenz der Zürcher Deputation mit einer Abordnung des Bundesrates. Das Gesetz über das Salzregal wird angenommen. Der Rechenschaftsbericht des Obergerichtes wird genehmigt samt einem Kommissionspostulat betr. einen neuen Entwurf zum Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Ferner wird einstimmig die Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz angenommen.

Das Bundesgericht ernennt zum außerordentlichen eidgenössischen Untersuchungsrichter für die Bombenaffären in Zürich vom November 1917 und April 1918 Bezirksanwalt Heusser in Zürich. Die Untersuchung über die Bombenaffären in Zürich vom Januar 1918 wird vom ordentlichen eidgenössischen Untersuchungsrichter Rohr geführt.



Die Generalversammlung des Schweiz. Zeitungsverlegervereins macht verschiedene Vorschläge zur Erzielung eines billigeren Papierpreises. — Die Generalversammlung des Schweizer. Buchdruckervereins (Arbeitgeberverband) beschließt eine Erhöhung der Steuerzulage an das Personal. In beiden Versammlungen werden Mitteilungen über neue starke Papierpreisaufschläge entgegengenommen.

Am einem Herzschlag stirbt in Zürich im Alter von 61 Jahren Frederick Pearson Treadwell, Professor der analytischen Chemie an der Eidgen. Technischen Hochschule.

26. Stadt Zürich. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat eine Erhöhung des städtischen Beitrages an die Betriebskosten der Anstalt Balgrist.

Armeetag in Zürich. Die Sammlung ergibt Fr. 190,000. Ohne diese Summe erreicht die Sammlung für die Nationalspende in der Stadt Zürich den Betrag von Fr. 1,100,000.

Die fünf Hauptteilnehmer an den Vorgängen vom 17. Juni vor der Polizeikaserne werden disziplinarisch mit 5—10 Tagen Militärarrest bestraft.

Der Vorstand der Arbeiterunion beschließt, die nötigen Schritte einzuleiten, um den Grund der Verhaftung des Jungburschenführers Herzog zu erfahren, sowie seine Haftentlassung zu erwirken.

27. Winterthur. Die Arbeiterschaft der Betriebe Gebr. Sulzer, Lokomotivfabrik, und A.-G. Rieter beschließt in Streik zu treten.

28. Der Regierungsrat wählt zum Direktor der kantonalen Blinden- und Taubstummenanstalt Lehrer Joh. Hepp von Gächlingen. Er bewilligt der Freiwilligen- und Einwohnerarmenpflege der Stadt Zürich einen Staatsbeitrag von Fr. 15,000.

29. Stadt Zürich. Der Große Stadtrat beschließt eine Erhöhung des Feuerwehrsolbes, ferner den Ankauf einer Liegenschaft an der Aemtlerstraße zum Preise von Fr. 185,000. Die bürgerliche Abteilung des Großen Stadtrates beschließt die Erwerbung der Kuranstalt zum Sonnenberg in Erlenbach zum Preise von Fr. 153,000. Elf Defekten werden ins Bürgerrecht aufgenommen.

30. Die Jahresversammlung des Schweizer. Schriftstellervereins ersucht die amtlichen Stellen, Maßregeln zu ergreifen, um die Papierrationierung für Bücher und eine weitergehende Rationierung der Zeitschriften und der Presse zu vermeiden.

Das Personal der Limmattalstraßenbahn tritt wegen Lohnforderungen in Ausstand. Der Verkehr ruht vollständig.

Winterthur. Zum Arbeitersekretär wird der Sekretär des Lederarbeiterverbandes Steiger gewählt.

